

Antrag auf Förderung eines Modellprojektes im Rahmen von GCS_BMU nach AP 4

Antragsteller

Unternehmen

Straße

PLZ, Ort

Ansprechpartner/in

Vertretungsberechtigte(r) des Unternehmens

Angaben zum Unternehmen

Rechtsform

Sitz des Unternehmens

Anzahl Beschäftigte zum Zeitpunkt der Antragstellung

Umsatz zum Stichtag des letzten durchgeführten Rechnungsabschlusses

Bilanzsumme zum Stichtag des letzten durchgeführten Rechnungsabschlusses

Kurzbeschreibung des Unternehmens, seiner Produkte & Dienstleistungen und seiner Unternehmensgeschichte

Kurzbezeichnung des Modellprojektes

Beschreibung des Modellprojektes

Fügen Sie bitte gegebenenfalls Erläuterungen, Ergänzungen auf gesonderten Seiten bei.

Beschreiben Sie bitte in wenigen Sätzen den Inhalt des Modellvorhabens und gehen Sie dabei insbesondere auf die folgenden Punkte ein.

Antrag auf Förderung eines Modellprojektes nach AP 4

- Welche (technische) Innovation soll umgesetzt werden?
- Wodurch unterscheidet sich Ihr Ansatz von der bisherigen Vorgehensweise bzw. von den bisher im Bauwesen eingesetzten Technologien?
- Welcher Mehrwert für Nachhaltiges Bauen ergibt sich dadurch im Vergleich zum bisherigen Stand der Technik? Geben Sie, wenn möglich, das Einsparpotenzial in CO₂-Äquivalenten an.

Beschreiben Sie kurz die Wettbewerbs- und Marktsituation. Stellen Sie dar, welches Marktpotenzial Sie für Ihr(e) Verfahren / Produkt / Dienstleistung sehen und wie Sie dieses Potenzial erschließen möchten (Verwertungsplan)

Beschreiben Sie kurz in Form einer Liste / Aufzählung den Projektablauf, die damit verbundenen wesentlichen Projektschritte (Arbeitspakete) und deren Dauer. Geben Sie dabei auch die geplante Dauer des Modellvorhabens an.

Welche Risiken bestehen bei der Projektumsetzung, sowohl in technischer als auch wirtschaftlicher Art?

Kostenplanung des Modellvorhabens

Erläutern Sie bitte hier inhaltlich die bei der Durchführung des Modellvorhabens entstehenden Kosten. Die Berechnung der gesamten geplanten Kosten führen Sie bitte in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht durch.

Personalkosten: Mit welchem Aufwand rechnen Sie bei der Durchführung? Welches Personal (mit welcher Kompetenz) soll dafür eingesetzt werden? Zur Berechnung der Personalkosten der einzelnen Mitarbeiter/innen verwenden Sie bitte die Excel-Tabelle „Berechnungshilfe Personalkosten“.

Materialkosten

F&E-Fremdleistungen

Dienstleistungen durch Dritte, soweit nicht F&E-Fremdleistung

Reisekosten: Welche Reisen sind geplant? (warum, wohin, wie lange, wer?)

Kostenplan

In der Zeile „Gemeinkostenzuschlag“ berechnen Sie bitte den sich ergebenden Betrag aus der Summe der Personalkosten multipliziert mit 1,2 selbst.

Bezeichnung der Plankosten (netto, ohne Umsatzsteuer)	Betrag in €
Personalkosten, (berechnet aus dem anteiligen Monatsbrutto, geben Sie jeweils Namen, Funktion und Aufgabe im Modellvorhaben an)	

Antrag auf Förderung eines Modellprojektes nach AP 4

Mitarbeiter/in 1:	0,00
Mitarbeiter/in 2:	0,00
Mitarbeiter/in 3:	0,00
Mitarbeiter/in 4:	0,00
Mitarbeiter/in 5:	0,00
Gemeinkostenzuschlag von 120% auf die gesamten Personalkosten	0,00
Materialkosten	0,00
F&E-Fremdleistungen	0,00
Dienstleistungen durch Dritte, soweit nicht F&E-Fremdleistung	0,00
Reisekosten	0,00
Sonstiges	0,00
Geplante Gesamtkosten	0,00

Ich/Wir erkläre(n) für den Antragsteller,

- dass mit dem Modellvorhaben nicht vor bestätigtem Antragseingang begonnen wird;
- dass das Modellvorhaben oder Teile davon von diesem nicht im Auftrag eines Dritten durchgeführt sowie weder ganz noch teilweise von einem Dritten bezahlt werden;
- dass für dieses Modellvorhaben keine weiteren Zuwendungen im Zusammenhang mit anderen Fördermaßnahmen des Bundes, der Länder oder der Europäischen Kommission beantragt, zugesagt oder gewährt wurden;
- dass die zum Antrag gehörende „Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer „De-minimis“-Beihilfe“ wahrheitsgemäß ausgefüllt und unterschrieben wurde;
- dass für im Modellvorhaben eingesetzte Mitarbeiter/innen die Personalkosten nicht durch andere öffentliche Mittel finanziert werden;
- dass der Antragsteller seine Zahlungen nicht eingestellt hat, nicht überschuldet ist und kein Insolvenzverfahren über sein Vermögen unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet wurde;
- dass der Inhaber des Antragstellers keine eidesstattliche Versicherung nach § 807 der Zivilprozessordnung oder § 284 der Abgabenordnung von 1977 abgegeben hat oder zu deren Abgabe verpflichtet ist;
- dass ich/wir den Inhalt der Förderinformation in der zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Fassung als für den Antragsteller verbindlich anerkenne(n);
- dass sich der Antragsteller verpflichtet, alle Änderungen bezüglich der in diesem Antrag gemachten Angaben dem unter 5.3. der Förderinformation genannten Projektträger PtJ unverzüglich anzuzeigen. Dies gilt insbesondere für die Beantragung und Eröffnung von Insolvenzverfahren und Änderungen der Besitz- und Beteiligungsverhältnisse;
- dass dem Antragsteller bekannt ist, dass die Förderzusage insoweit ganz oder teilweise aufgehoben werden kann, als sie durch unrichtige oder unvollständige Angaben oder sonst zu Unrecht erlangt wurde und der Antragsteller in diesem Fall verpflichtet ist, bereits ausgezahlte Beträge zu erstatten und entsprechend den verwaltungsrechtlichen Vorschriften jährlich vom Tag nach der Auszahlung an zu verzinsen;
- dass dem Antragsteller bekannt ist, dass es sich bei der beantragten Zuwendung um eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) handelt und mir/uns die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt ist und dass dem Antrag das Gesetz

Antrag auf Förderung eines Modellprojektes nach AP 4

gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG) zugrunde liegt. Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass Behörden von Bund, Ländern und kommunalen Trägern der öffentlichen Verwaltung Tatsachen, die sie dienstlich erfahren und die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen haben;

- dass dem Antragsteller bekannt ist, dass auf eine Förderung seines Vorhabens kein Rechtsanspruch besteht;
- dass eine beantragte oder bewilligte Förderung nicht abgetreten werden kann;
- dass der Antragsteller damit einverstanden ist, dass die in diesem Antrag enthaltenen Angaben mittels EDV gespeichert, verarbeitet und statistisch ausgewertet werden.

Folgende Tatsachen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs:

- Angaben zu Namen, Rechtsform, Sitz, Beschäftigtenzahl, Umsatz und Jahresbilanzsumme des Antragstellers;
- Erklärung zur Einstufung des Antragstellers als KMU;
- Angaben
 - zu Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen des Unternehmens
 - zu den Gesamtkosten bzw. zuwendungsfähigen Kosten
 - zu den am Modellvorhaben mitarbeitenden Personen einschließlich ihres Beschäftigungsverhältnisses;
- Angaben zu den oben benannten Tatsachen (1.- 6. Spiegelstrich)
- Angaben zu anderweitigen beantragten oder bewilligten Förderungen durch den Bund, die Länder oder die Europäische Kommission gemäß Anlage 3;
- Stundenaufschreibungen;
- Angaben im Verwendungsnachweis, Zwischenbericht;
- Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen, die im Zusammenhang mit der Zuwendung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden.

Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 Strafgesetzbuch bekannt. Mir/Uns ist insbesondere auch die Verpflichtung bekannt, dem Projektträger unverzüglich alle Änderungen der unter 1 bis 7 aufgeführten Tatsachen mitzuteilen.

Ich/Wir erkläre(n) für den Antragsteller, dass die Zuwendung zweckgebunden und entsprechend der Förderinformation „Förderung von Modellprojekten im Rahmen von GCS_BMU nach AP 4“ verwendet wird und dass die Fördermittel nicht an Dritte weitergegeben werden.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Weitergabe der Fördermittel an Dritte eine Zweckentfremdung der Förderung darstellt und einen vollständigen oder teilweisen Widerruf der Förderzusage zur Folge haben kann.

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antrag gemachten Angaben. Mit der Weitergabe der Antragsdaten an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und – ausschließlich für statistische Zwecke – an die damit beauftragte Einrichtung sowie mit einer etwa erforderlichen Prüfung der dem Antrag zugrunde liegenden Angaben durch Sachverständige anhand der Antragsdaten ist der Antragsteller einverstanden.

Antrag auf Förderung eines Modellprojektes nach AP 4

Ich/Wir versichern, dass wir sind ein KMU gemäß der EU-Richtlinie mit Sitz in Deutschland sind und die im Beiblatt „Die neue KMU-Definition“ (http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/sme_definition/sme_user_guide_de.pdf) aufgeführten Voraussetzungen erfüllen sowie im Baubereich tätig sind.

Rechtsverbindliche Unterschrift des Vertretungsberechtigten des Unternehmens

Ort, Datum

Unternehmen

Ich/Wir beantrage(n) einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von (entsprechend Kalkulation) (bis zu 50% der nachgewiesenen Kosten, maximal 20.000,- €).

Rechtsverbindliche Unterschrift des Vertretungsberechtigten des Unternehmens

Ort, Datum

Unternehmen